

## A: Verfahrensbedingungen

I.	Verfahrensgrundlagen.....	2
1.	Auftraggeber, Auftragsgegenstand und externe Verfahrensbetreuung .....	2
2.	Vergabeunterlagen .....	2
3.	Vergabeverfahrensart.....	3
4.	Ablauf und Fristen des Vergabeverfahrens .....	3
5.	Elektronische Abwicklung .....	4
6.	Registrierung für das Vergabeverfahren .....	5
7.	Verfahrenssprache .....	6
8.	Fragen.....	6
9.	Datenschutz und Vertraulichkeit .....	6
II.	Anforderungen an die Unternehmen .....	7
1.	Eignungskriterien, Nachweise .....	7
2.	Nachunternehmer.....	7
3.	Eignungsleihe .....	7
4.	Bewerbergemeinschaften .....	7
5.	Auswahl der Unternehmen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.....	8
III.	Regelungen für die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten.....	8
1.	Formale Anforderungen.....	8
2.	Verspätete Eingänge .....	8
3.	Vollständigkeit .....	9
4.	Mehrere Hauptangebote, Nebenangebote.....	9
5.	AGB der Bieter .....	9
6.	Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen .....	9
IV.	Zuschlagskriterien, Vertragsschluss.....	9
V.	Budgetobergrenze, Aufhebungsvorbehalt .....	10
VI.	Möglichkeit der Ortsbesichtigung .....	10
VII.	Nachprüfungsbehörde.....	10

## **I. Verfahrensgrundlagen**

### **1. Auftraggeber, Auftragsgegenstand und externe Verfahrensbetreuung**

#### Auftraggeber:

Gemeinde Hude  
Parkstraße 53  
27798 Hude

Der Auftraggeber beabsichtigt, in diesem Verfahren einen Auftrag über die Errichtung eines Neubaus für die Grundschule im Ortsteil Wüstring durch einen Generalunternehmer zu vergeben.

#### Externe Verfahrensbetreuung:

BRETZEL Rechtsanwaltskanzlei  
Hildesheimer Straße 265-267  
30519 Hannover

Die externe Verfahrensbetreuung führt das Vergabeverfahren in Abstimmung mit dem Auftraggeber durch.

### **2. Vergabeunterlagen**

Für das Vergabeverfahren werden die folgenden Unterlagen zur Verfügung gestellt (Änderungen und Ergänzungen im Laufe des Verfahrens bleiben vorbehalten):

A: Verfahrensbedingungen, mit folgenden Anlagen:

- A01: Eignungskriterien
- A02: Auswahlkriterien
- A03: Zuschlagskriterien
- A04: Informationen zum Datenschutz

B: Vertragsunterlagen\*, bestehend aus folgenden Bestandteilen:

- B01: Funktionale Leistungsbeschreibung (nebst Anlagen)\*
- B02: Projektvertrag\*

C: Teilnahmeantrag, mit folgenden Anlagen:

- C01: Referenzblatt
- C02: Liste der Nachunternehmerleistungen
- C03: Verpflichtungserklärung (bei Eignungsleihe)
- C04: Bewerbergemeinschaftserklärung (bei Bewerbergemeinschaft)

D: Angebotsschreiben\*, mit folgenden Anlagen:

- D01: Preisblatt\*
- D02: Fabrikatsliste\*
- D03: Verhandlungsvorschläge\*

\* Diese Unterlagen werden erst im Rahmen der Angebotsphase zur Verfügung gestellt. Unternehmen erhalten im Teilnahmewettbewerb ein Exposé zur Bauaufgabe. Anlage D03 entfällt im Rahmen der Abgabe finaler Angebote.

Der Auftraggeber stellt Unterlagen im Rahmen des Vergabeverfahrens **ausschließlich** in elektronischer Form zur Verfügung. Unternehmen haben sich **unmittelbar** nach dem Download der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern. Sollten sich Dateien als beschädigt oder nicht zu öffnen erweisen, haben Unternehmen den Auftraggeber hierüber umgehend zu informieren. Die betreffenden Unterlagen werden dann schnellstmöglich erneut zur Verfügung gestellt.

### 3. Vergabeverfahrensart

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 119 Abs. 5 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und § 3b EU Abs. 3 der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A) durchgeführt.

### 4. Ablauf und Fristen des Vergabeverfahrens

Als erste Stufe des Vergabeverfahrens führt der Auftraggeber einen **Teilnahmewettbewerb** durch, in welchem er auf Basis der in **der Auftragsbekanntmachung sowie in Anlage A01** genannten Kriterien jene Unternehmen auswählt, die er zur Abgabe von Erstangeboten und zu Verhandlungen auffordert. **Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs werden noch keine Angebote abgegeben.**

Der Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge (**Teilnahmeantragsfrist**) richtet sich nach den Angaben in dem **Projektraum auf der vom Auftraggeber eingesetzten Vergabeplattform**. Fragen von Unternehmen innerhalb des Teilnahmewettbewerbs sind bis zu dem Datum gemäß **Angaben im Projektraum** zu stellen, damit der Auftraggeber die Fragen noch rechtzeitig im Sinne von § 10b EU Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 VOB/A beantworten kann.

In der zweiten Stufe des Vergabeverfahrens fordert der Auftraggeber die über den Teilnahmewettbewerb ausgewählten Unternehmen unter Fristsetzung zur Abgabe eines Erstangebotes auf (**Angebotsphase**). Der Auftraggeber beabsichtigt nach derzeitiger Planung, an dem **im Projektraum** genannten Tag die Aufforderungen zur Abgabe von Erstangeboten an die ausgewählten Bieter zu versenden. Der Auftraggeber behält sich vor, diesen Zeitpunkt bei Bedarf zu verschieben. Bewerber müssen grundsätzlich **zu jedem Zeitpunkt** nach Ablauf der Teilnahmeantragsfrist damit rechnen, zur Abgabe von Erstangeboten aufgefordert zu werden, ggf. auch vor oder

nach dem der Auftragsbekanntmachung genannten Tag.

Im Rahmen der Aufforderung zur Abgabe von Erstangeboten wird der Auftraggeber den Schluss-termin für den Eingang der Angebote (**Angebotsfrist**) bekanntgeben. Die Länge der Frist richtet sich dabei nach § 10b EU VOB/A. Fragen von Unternehmen innerhalb der Angebotsphase werden bis zu dem **im Projektraum genannten Datum** zu stellen sein, damit der Auftraggeber die Fragen noch rechtzeitig im Sinne von § 10b EU Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 VOB/A beantworten kann.

Während der anschließenden **Verhandlungsphase** kann der Auftraggeber mit den Bietern über die Leistungsinhalte, Preise und Vertragsbedingungen unter Beachtung der Gebote von Transparenz und Gleichbehandlung verhandeln.

Den Ablauf der Verhandlungsphase, insbesondere die Termine der Verhandlungsgespräche, wird der Auftraggeber den Bietern rechtzeitig bekanntgeben. **Grundsätzlich müssen Bieter zu jedem Zeitpunkt nach Ablauf der Angebotsfrist damit rechnen, dass sie vom Auftraggeber zu einem Verhandlungsgespräch eingeladen werden.**

Im Rahmen der Verhandlungsphase kann der Auftraggeber bis zur finalen Angebotsabgabe weitere, überarbeitete Angebote von den Bietern verlangen und über Leistungen, Preise und Vertragsbedingungen verhandeln. Der Auftraggeber behält sich vor, unter Berücksichtigung der Verhandlungen während dieser Phase Änderungen am Leistungsinhalt und den vertraglichen Regelungen vorzunehmen.

Nach Beendigung der Verhandlungsphase bittet der Auftraggeber die Bieter um Abgabe **finaler Angebote**.

Bieter sind bis zum Ablauf der **im Projektraum auf der vom Auftraggeber eingesetzten Vergabeplattform** genannten Frist an ihr finales Angebot gebunden (**Bindefrist**).

Die finalen Angebote werden unter Berücksichtigung der **Zuschlagskriterien (Anlage A02)** gewertet und eine Rangfolge der Bieter gebildet. Nach Abschluss der Angebotswertung wird der Auftraggeber entsprechend § 134 Abs. 1 GWB die Bieter informieren, deren Angebote nicht für den Zuschlag vorgesehen sind (**Vorabmitteilung**) und nach Ablauf der gesetzlichen **Wartefrist** gemäß § 134 Abs. 2 GWB den Zuschlag erteilen.

## 5. Elektronische Abwicklung

Der Auftraggeber wickelt das gesamte Vergabeverfahren in elektronischer Form über die Vergabeplattform DTVP ab. Insbesondere erfolgen die Kommunikation zwischen Auftraggeber und Unternehmen sowie die Einreichung von Teilnahmeanträgen und Angeboten **ausschließlich in elektronischer Form** über den Projektraum des Verfahrens. Die elektronische Teilnahme an Vergabeverfahren sowie die Registrierung für die E-Vergabeplattform sind für Unternehmen vollständig kostenfrei.

Zur Nutzung der Vergabeplattform sind lediglich ein aktueller Internet-Browser sowie ein Internetzugang erforderlich. Hierbei werden ausschließlich HTML- und Javascript-konforme Standardtechnologien und keinerlei Add-Ons/Plugins oder sonstige ggf. (sicherheits-)kritische Technologien verwendet. Aktuell sind folgende Internet-Browser zur Nutzung freigegeben:

- Microsoft Edge in der jeweils aktuellen Version
- Mozilla Firefox in der jeweils aktuellen Version
- Google Chrome in der jeweils aktuellen Version
- Apple Safari in der jeweils aktuellen Version

Für die Abgabe elektronischer Teilnahmeanträge und Angebote wird innerhalb der Vergabeplattform ein **kostenfreies Bietertool** bereitgestellt. Das Bietertool ist eine Desktop-Anwendung, welche auf Ihrem Computer installiert werden muss. Die Dateien zur Installation des Bietertools werden im entsprechenden Projektraum des Vergabeverfahrens für das entsprechende Betriebssystem zum Download angeboten. Installationsroutinen stehen für Linux-, Mac-OS- und Windows-Betriebssysteme (64 und 32 Bit) zur Verfügung. Je nach Betriebsumgebung sind für die Installation der Laufzeitumgebung bzw. des Bietertools u. U. administrative Rechte erforderlich. Unternehmen wird empfohlen, rechtzeitig vor Ablauf der jeweiligen Fristen ggf. die Installations- und Lauffähigkeit des Bietertools auf ihren Rechnersystemen zu testen.

Die Informationen über die eigentlichen Vergabeverfahren werden über so genannte **Projektdateien** in das Bietertool transportiert. Sie laden die Projektdateien (Dateiendung: cbx) aus dem entsprechenden Projektraum herunter und führen diese aus, wodurch das Bietertool gestartet wird und die entsprechenden Informationen zum Vergabeverfahren von der Vergabeplattform heruntergeladen werden. Die lokale Installation des Bietertools stellt eine **Ende-zu- Ende Verschlüsselung** der elektronischen Teilnahmeanträge und Angebote zwischen dem Computer des Bieters und der Öffnung der Angebote auf Seiten der Vergabestelle sicher.

Wahlweise steht auch eine **webbasierte Abgabemöglichkeit** zur Verfügung. Mit dieser können Teilnahmeanträge und Angebote in Textform (nach §126b BGB) abgegeben werden. Die Verfahrensdaten werden automatisch bei Aufruf aus dem Projektraum in die webbasierte Abgabe geladen. Die Verschlüsselung erfolgt in dieser Variante auf dem Server und wird – wie im Fall der Abgabe über das Bietertool – bis zum Beginn der Öffnung sichergestellt.

## 6. Registrierung für das Vergabeverfahren

Um sicherzustellen, dass Unternehmen automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen informiert werden und die Antworten auf Fragen anderer Unternehmen erhalten, sollten sie sich auf der Vergabeplattform für das Vergabeverfahren registrieren (freiwillige Registrierung). **Es obliegt ausschließlich dem Unternehmen, durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass das bei der Registrierung angegebene E-Mail Postfach kontinuierlich überwacht wird.**

Ohne Registrierung kann der Erhalt vorstehender Informationen nicht gewährleistet werden. Unternehmen, die von der Möglichkeit der freiwilligen Registrierung keinen Gebrauch machen, müssen sich selbstständig im Projektraum auf der Vergabeplattform informieren, ob Vergabeunterlagen zwischenzeitlich geändert wurden oder ob der Auftraggeber Fragen zum Vergabeverfahren beantwortet hat. **Das Risiko, einen Teilnahmeantrag oder ein Angebot auf Grundlage veralteter Vergabeunterlagen oder Informationen abzugeben, liegt ohne erfolgte Registrierung beim Unternehmen.** Die Registrierung für die Vergabeplattform ist für Unternehmen vollständig kostenfrei.

## 7. Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist **Deutsch**. Sämtliche Kommunikation zwischen Unternehmen und dem Auftraggeber wird auf Deutsch geführt. Teilnahmeanträge, Angebote und sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache zu fassen. Soweit Unterlagen in nicht-deutscher Sprache vorgelegt werden, sind deutsche Übersetzungen beizufügen, sofern der Auftraggeber hierauf nicht verzichtet; eine Beglaubigung der Übersetzung kann gefordert werden.

## 8. Fragen

Fragen innerhalb des Vergabeverfahrens können ausschließlich über das Kommunikationsmodul im Projektraum der vom Auftraggeber genutzten Vergabeplattform gestellt werden und werden im Rahmen von Fragen-Antworten-Katalogen über die Vergabeplattform beantwortet. **Fragen, die auf anderem Wege (insbesondere telefonisch, per Fax oder E-Mail) gestellt werden, werden nicht beantwortet.**

Unternehmen haben den Auftraggeber unverzüglich auf etwaige Unvollständigkeiten, Ungenauigkeiten oder Rechtsverstöße hinzuweisen, damit der Auftraggeber rechtzeitig und unter Beachtung der Grundsätze von Transparenz und Gleichbehandlung aller Unternehmen angemessen reagieren kann. **Auf die Rügeobliegenheiten gemäß § 160 Abs. 3 GWB wird insbesondere hingewiesen.**

## 9. Datenschutz und Vertraulichkeit

Die von Unternehmen gegebenenfalls im Verlauf des Vergabeverfahrens erbetenen personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des Datenschutzrechts im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Mit der Teilnahme am Vergabeverfahren erklären sich Unternehmen hiermit einverstanden. Soweit Unternehmen im Rahmen des Vergabeverfahrens dem Auftraggeber personenbezogene Daten von Dritten (Mitarbeiter, Nachunternehmer, Mitglieder einer Bietergemeinschaft, Referenzgeber) übermitteln, sind sie für das Vorliegen der jeweils erforderlichen datenschutzrechtlichen Einwilligung der Dritten selbst verantwortlich. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden sich in der **Anlage A04**.

Sämtliche vom Auftraggeber im Vergabeverfahren zur Verfügung gestellten Unterlagen dürfen nur zur Einreichung eines Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder eine Weitergabe an Dritte ist unzulässig. Unternehmen haben – auch nach Beendigung des Verfahrens – über alle im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren bekannt gewordenen Informationen und dienstliche Angelegenheiten des Auftraggebers Stillschweigen zu bewahren. Vorstehende Verpflichtungen erstrecken sich auch auf Nachunternehmer und sonstige Dritte.

## II. Anforderungen an die Unternehmen

### 1. Eignungskriterien, Nachweise

Der Auftraggeber wird die Eignung der Bewerber anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** festgelegten Kriterien und Nachweise prüfen. Die Kriterien sowie die zum Nachweis verlangten Unterlagen sind außerdem im Einzelnen nochmals in **Anlage A01** dargestellt. Soweit der Auftraggeber Formblätter für die geforderten Angaben vorgibt, befinden sich diese in **Teil C** der Vergabeunterlagen.

### 2. Nachunternehmer

Bewerber haben in der Liste der Nachunternehmerleistungen (**Teil C, Anlage C02**) mit dem **Teilnahmeantrag** anzugeben, ob und ggf. welche Teile der Leistung sie an Nachunternehmer weitergeben wollen. **Die Liste der Nachunternehmerleistungen ist auch dann auszufüllen und abzugeben, wenn kein Nachunternehmereinsatz vorgesehen ist.**

### 3. Eignungsleihe

Sollte ein Bewerber die Eignungskriterien nur dadurch erfüllen können, dass er ein anderes Unternehmen einbezieht (Eignungsleihe), so hat er **mit dem Teilnahmeantrag** seine Verfügung über die Ressourcen des anderen Unternehmens sowie das Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe bei diesem Unternehmen mittels einer Verpflichtungserklärung (**Teil C, Anlage C03**) nachzuweisen (§ 6d EU Abs. 1 Satz 2 VOB/A).

### 4. Bewerbergemeinschaften

Für **Bewerbergemeinschaften** muss ein gemeinsamer Teilnahmeantrag abgegeben werden. Der Name der Bewerbergemeinschaft sowie ein bevollmächtigter Vertreter sind anzugeben (siehe **Teil C** der Vergabeunterlagen). Der Auftraggeber verlangt von (späteren) Bietergemeinschaften entsprechend § 6 EU Abs. 3 Nr. 2 Satz 2 VOB/A eine gesamtschuldnerische Haftung. Hierzu ist **mit dem Teilnahmeantrag** die Bewerbergemeinschaftserklärung (**Teil C, Anlage C04**) in von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft rechtsverbindlich unterzeichneter Form abzugeben.

Eine mehrfache, parallele Teilnahme eines Unternehmens am Vergabeverfahren (gleichzeitig als Einzelbewerber und als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft) ist **unzulässig**. Dies führt zum Ausschluss **aller** Teilnahmeanträge, an denen das mehrfach auftretende Unternehmen beteiligt ist.

Mit der Abgabe eines Erstangebotes wird die Bewerbergemeinschaft zur **Bietergemeinschaft**. Für Bietergemeinschaften muss ein gemeinsames Angebot abgegeben werden (siehe **Teil D** der Vergabeunterlagen). Änderungen an der Zusammensetzung einer **Bietergemeinschaft** gegenüber der Zusammensetzung als **Bewerbergemeinschaft** sind unzulässig und können zum Ausschluss des Angebots vom Vergabeverfahren führen.

## 5. Auswahl der Unternehmen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden

Der Auftraggeber beabsichtigt, gemäß § 3b EU Abs. 2 Nr. 3, Abs. 3 Nr. 3 VOB/A **maximal fünf Bewerber** zur Abgabe von Erstangeboten aufzufordern. Grundsätzlich werden **alle** Bewerber aufgefordert, welche die Eignungskriterien einschließlich der Mindestanforderungen (siehe **Auftragsbekanntmachung** sowie **Anlage A01**) erfüllen. Sofern die Anzahl der Bewerber, welche die Eignungskriterien einschließlich der Mindestanforderungen erfüllen, mehr als fünf beträgt, erfolgt eine Rangbildung der Teilnahmeanträge anhand der **Auswahlkriterien** in Anlage **A02**. In diesem Fall werden nur die **fünf bestplatzierten Bewerber** zur Abgabe von Erstangeboten aufgefordert. Im Falle mehrerer Bewerber auf Rang fünf entscheidet das Los.

## III. Regelungen für die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten

### 1. Formale Anforderungen

Für die Abgabe der Teilnahmeanträge und Angebote sind die **Formblätter in Teil C bzw. Teil D** der Vergabeunterlagen zu verwenden. Bitte verzichten Sie darauf, über die in diesen Teilen geforderten Anlagen und Nachweise hinaus weitere Unterlagen beizufügen.

Teilnahmeanträge und Angebote sind **ausschließlich** durch Upload digitaler Dokumente **über den Projektraum** auf der vom Auftraggeber verwendeten Vergabeplattform abzugeben. Andere Übermittlungswege (etwa Post, E-Mail, Fax oder eine „einfache“ Bieternachricht über das Kommunikationsmodul der Vergabeplattform) sind **nicht** zulässig und führen zum Ausschluss des Teilnahmeantrags oder Angebots.

Teilnahmeanträge und Angebote müssen der **Textform gemäß § 126b BGB** entsprechen und den Namen des Erklärenden unmissverständlich erkennen lassen.

### 2. Verspätete Eingänge

Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge und Angebote werden nicht berücksichtigt. Für die Rechtzeitigkeit des Eingangs ist der vollständige Upload über das Bietertool maßgeblich. Der

vollständige Eingang übermittelter elektronischer Angebote oder Teilnahmeanträge wird mit einem **elektronischen Zeitstempel dokumentiert**. Ist ein verspäteter Eingang nachweislich durch Umstände verursacht worden, die das Unternehmen nicht zu vertreten hat, kann auch ein verspätet eingegangener Teilnahmeantrag bzw. ein verspätet eingegangenes Angebot berücksichtigt werden. Die Darlegungs- und Beweislast hierfür liegt beim Unternehmen.

### 3. Vollständigkeit

Teilnahmeanträge und Angebote müssen vollständig sein und alle geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Teilnahmeanträge und Angebote, die nicht die geforderten oder ggfs. nachgeforderten Erklärungen und Nachweise enthalten, werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Der Auftraggeber wird von Bewerbern bzw. Bietern unter Einhaltung des Transparenz- und Gleichbehandlungsgebotes nach Maßgabe von § 16a EU VOB/A Unterlagen nachfordern.

### 4. Mehrere Hauptangebote, Nebenangebote

Die Abgabe von mehreren Hauptangeboten ist **nicht** zulässig. Die Abgabe von Nebenangeboten ist **nicht** zulässig.

### 5. AGB der Bieter

**Allgemeine Geschäfts-/Vertragsbedingungen der Bieter werden nicht akzeptiert.** Werden solche vom Bieter beigelegt oder wird darauf im Angebot Bezug genommen, kann dies unter Umständen zum Ausschluss des Angebotes führen. Das gleiche gilt für Teilnahmeanträge und Angebote, die unter Vorbehalt abgegeben werden, oder bei denen sonstige Änderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden.

### 6. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen

Bis zum Ablauf der jeweiligen Abgabefrist sind Änderungen, Ergänzungen und Berichtigungen eines Teilnahmeantrags oder Angebotes ausschließlich über den Projektraum auf der vom Auftraggeber verwendeten Vergabeplattform möglich. Das gleiche gilt für eine eventuelle Rücknahme.

## IV. Zuschlagskriterien, Vertragsschluss

Über den Zuschlag wird der Auftraggeber anhand der Zuschlagskriterien gemäß **Anlage A02** entscheiden. Mit Erteilung des Zuschlags werden die Vertragsunterlagen (**Teil B** der Vergabeunterlagen) in allen Teilen verbindlich. Eine später ggf. noch erfolgende Vertragsunterzeichnung hat nur noch deklaratorische Wirkung und dient der Dokumentation der mit Zuschlag getroffenen Vereinbarungen.

## V. Budgetobergrenze, Aufhebungsvorbehalt

Der Auftraggeber hat ein **gedeckeltes Gesamtbudget für den Generalunternehmerauftrag in Höhe von 13.800.000,00 EUR** (brutto) eingeplant. Der Auftraggeber behält sich vor, das Vergabeverfahren aufzuheben, soweit sich herausstellt, dass diese Budgetobergrenze auch unter Berücksichtigung der Verhandlungsergebnisse und eventueller Angebotsoptimierungen nicht eingehalten werden kann. Für diesen Fall sind Schadensersatzansprüche der Bieter aufgrund der Aufhebung ausgeschlossen.

## VI. Möglichkeit der Ortsbesichtigung

Der Auftraggeber bietet allen Bewerbern, die zur Abgabe von Erstangeboten aufgefordert wurden, eine Ortsbesichtigung des Baugrundstücks an. Das Betreten des Grundstücks ist nur im Rahmen entsprechender Termine gemeinsam mit Vertretern des Auftraggebers gestattet. Terminanfragen können direkt an folgende Ansprechpartnerin gerichtet werden:

Martina Schneider  
Stab Strategische Gemeindeentwicklung  
Telefon: 04408/9213-60  
E-Mail: schneider@hude.de

## VII. Nachprüfungsbehörde

Nachprüfungsbehörde im Sinne von § 21 EU VOB/A ist:

Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen  
Auf der Hude 2  
21339 Lüneburg  
Telefon: 04131/15-3308  
E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

## A01: Eignungskriterien

Der Auftraggeber prüft die Eignung der Bieter anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** festgelegten Eignungskriterien, die hier nochmals im Überblick dargestellt werden. Soweit der Auftraggeber zur Erklärung Formblätter vorgibt, befinden sich diese in **Teil C der Vergabeunterlagen**.

#	Kriterium	Mindestanforderung
1	<b>Jahresumsatz</b> Eigenerklärung über den Jahresumsatz des Bewerbers in den Jahren 2023 bis 2025 (Teilnahmeantrag, Teil C).	Jahresumsatz mindestens 20 Mio. EUR (netto) im Durchschnitt in den Jahren 2023 bis 2025.
2	<b>Bonitätsnachweis</b> Nachweis der Bonität des Bewerbers durch Bonitätsauskunft einer Wirtschaftsauskunftei oder Bestätigung einer Geschäftsbank (Nachweis beizufügen).	
3	<b>Haftpflichtversicherung</b> Nachweis einer Haftpflichtversicherung für Personen- und Sachschäden (Nachweis beizufügen).	
4	<b>Referenzleistungen</b> Eigenerklärungen über mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare frühere Aufträge (Referenzblatt, Anlage C01).	<p>Es sind mindestens drei Referenzleistungen über vergleichbare frühere Aufträge vorzulegen. Dabei gelten folgende Mindestanforderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Alle Referenzleistungen müssen die schlüsselfertige Errichtung von Hochbauten mit konstruktiv-technischen Anforderungen, die mit einem Schulgebäude vergleichbar sind, umfassen.</li> <li>- Alle Referenzleistungen müssen die Errichtung des Gebäudes als Generalunternehmer umfassen.</li> <li>- Alle Referenzleistungen müssen Baukosten (KG 200 bis 500) in Höhe von mindestens 12,5 Mio. EUR netto aufweisen.</li> <li>- Alle Referenzleistungen müssen nach dem 31.12.2021 abgeschlossen worden sein (Baufertigstellung und Übergabe an den Nutzer erfolgt).</li> </ul>

5	<b>Angaben zum Nachunternehmereinsatz</b> Eigenerklärung dazu, ob und ggf. welche Leistungen an Nachunternehmer übertragen werden sollen (Liste der Nachunternehmerleistungen, Anlage C02).	
6	<b>Gesetzliche Ausschlussgründe</b> Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne von §§ 123, 124 GWB sowie ggf. Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 GWB (Teilnahmeantrag, Teil C).	
7	<b>Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG</b> Eigenerklärung zur Zahlung von Mindestentgelten im Sinne des MiLoG bzw. gemäß allgemeinverbindlicher Tarifverträge (Teilnahmeantrag, Teil C).	
8	<b>Ausschlussgründe gemäß Verordnung (EU) 2022/576</b> Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576 (Teilnahmeantrag, Teil C).	

## A02: Auswahlkriterien

Für den Fall, dass mehr als fünf Bewerber die Eignungskriterien (einschließlich der Mindestanforderungen) erfüllen, erfolgt eine Rangbildung der Teilnahmeanträge wie folgt (siehe dazu auch Teil A, Ziffer II.5.):

Die Rangbildung erfolgt auf Grundlage der Eigenerklärungen der Bewerber zu den **Referenzleistungen** (Anlage C01). Reicht ein Bewerber mehr als die **drei** geforderten vergleichbaren Referenzleistungen ein, werden **nur die ersten drei** vergleichbaren Referenzleistungen gemäß Anlage C01 für die Rangbildung berücksichtigt.

Jede der zu berücksichtigenden Referenzleistungen wird anhand der nachfolgend dargestellten Kriterien bewertet:

#	Kriterium	Punktzahl
1	Die Referenzleistung betrifft die Errichtung eines Schulgebäudes.	250
2	Die Referenzleistung wurde auf Basis einer funktionalen Leistungsbeschreibung (FLB) ausgeführt.	250
3	Die Leistungen des Bewerbers in der Referenzleistung umfassen neben der Errichtung des Gebäudes auch die Errichtung der Außenanlagen.	250
4	Der Bewerber übernimmt im Rahmen der Referenzleistung nach Abnahme und Übergabe des Objekts Wartungsleistungen bzgl. des Gebäudes.	250

Je Referenzleistung können so maximal 1.000 Punkte erreicht werden. Die Bewertungspunktzahl ergibt sich aus dem **einfachen Durchschnitt** der Punktzahlen aller gewerteten Referenzleistungen. Es erfolgt ggf. eine kaufmännische Rundung auf zwei Nachkommastellen. Die Bewertungspunktzahl ist Grundlage für die Rangbildung.

## A03: Zuschlagskriterien

Die Wertung der Angebote erfolgt anhand folgender Zuschlagskriterien:

Kriterium	Maximal erreichbare Punktzahl
1. Pauschal festpreis	900
2. Qualifikation und Erfahrung der Projektleitung	50
3. Projektorganisation und Bauzeitenplanung	50
<b>Gesamt</b>	<b>1.000</b>

Die Punktwerte der einzelnen Unterkriterien sowie die Gesamtpunktzahl werden ggf. auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet. Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl.

### 1. Pauschal festpreis

Gewertet wird der im **Preisblatt (Anlage D01)** ermittelte Pauschal festpreis. Das Angebot mit dem niedrigsten Pauschal festpreis erhält die Maximalpunktzahl 900. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen gemäß folgender Formel:

$$\text{Punktzahl} = 900 \times \left( 2 - \frac{\text{Pauschal festpreis}}{\text{Niedrigster Pauschal festpreis}} \right)$$

Angebote mit dem 2-fachen des niedrigsten Pauschal festpreises oder höher erhalten damit eine Punktzahl von 0. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben. Ein Angebot, das rechnerisch eine negative Punktzahl erhalten würde, erhält 0 Punkte.

### 2. Qualifikation und Erfahrung der Projektleitung

In einem Konzept sind die für die Projektleitung (mindestens Leitung + Stellvertretung + örtliche Bauleitung) vorgesehenen Personen namentlich zu benennen und hinsichtlich Qualifikation und Erfahrung vorzustellen. Dabei sind die Qualifikationen und Erfahrungen hervorzuheben, die eine besonders hohe Eignung bzgl. des Leistungsgegenstands und der Aufgabenstellung versprechen. Der Auftraggeber legt Wert darauf, dass die Projektleitung in ausreichendem Umfang mit Personal besetzt wird, das persönlich über umfassende, dem Projekterfolg zuträgliche Qualifikationen und Erfahrungen verfügt.

Die Bewertung erfolgt mit Schulnoten von 1 bis 6. Diese werden im Anschluss in Punktzahlen umgerechnet, wobei die Note 1 der Maximalpunktzahl 50 entspricht, die Note 6 der Punktzahl 0.

### **3. Projektorganisation und Bauzeitenplanung**

In einem Konzept ist zu beschreiben, wie der Bieter im Auftragsfall die Umsetzung organisatorisch gestalten und den Auftrag ausführen will. Des Weiteren ist eine belastbare Bauzeitenplanung darzustellen, die einen Überblick über die vom Bieter für den Auftragsfall geplanten Leistungsphasen und Termine beinhaltet. Der Auftraggeber legt Wert auf eine effiziente und zügige Projektabwicklung, die gleichwohl ausreichenden Raum für die erforderlichen Abstimmungsprozesse lässt.

Die Bewertung erfolgt mit Schulnoten von 1 bis 6. Diese werden im Anschluss in Punktzahlen umgerechnet, wobei die Note 1 der Maximalpunktzahl 50 entspricht, die Note 6 der Punktzahl 0.

## A04: Informationen zum Datenschutz

### 1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutz-Information gilt für die Datenverarbeitung im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens durch die Gemeinde Hude (Oldb), Parkstraße 53, 27798 Hude, Telefon: 04408/9213-0, E-Mail: info@hude.de. Der Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen ist erreichbar über die Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO), Elsässer Straße 66, 26121 Oldenburg, E-Mail: datenschutz@hude.de.

### 2. Datenerfassung

Wenn Sie an dem Vergabeverfahren teilnehmen, werden folgende im Teilnahmeantrag oder Angebot genannten Daten des Bewerbers/Bieters, seiner Mitarbeiter sowie sonstiger Personen (z. B. Ansprechpartner eines Referenzgebers) erfasst:

- Anrede, Vorname, Nachname, (von Ansprechpartnern)
- eine gültige E-Mail-Adresse
- Anschrift
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Angaben zur persönlichen Eignung (Studium/Ausbildung, Abschlüsse, Noten, Fortbildungen)
- Vertragsbeziehungen

Die Erhebung dieser Daten erfolgt zur Abwicklung der Vergabe und zur Anbahnung des Vertragsverhältnisses nach Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Die für das Vertragsverhältnis durch den Auftraggeber erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zu dessen Beendigung gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von vergabe-, haushalts-, steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten eine längere Speicherung verpflichtend ist oder die Betroffenen in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit a DSGVO eingewilligt haben.

### 3. Übermittlung an Dritte

Eine Übermittlung persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt. Der Verantwortliche gibt die personenbezogenen Daten nur an Dritte weiter, wenn:

- dazu nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit a DSGVO eine ausdrückliche Einwilligung erteilt worden ist,
- die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse des Betroffenen an der Nichtweitergabe der Daten besteht,
- für den Fall, dass für die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit c DSGVO eine gesetzliche Verpflichtung besteht, sowie
- dies gesetzlich zulässig und nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Vertragsverhältnissen erforderlich ist.

### 4. Betroffenenrechte

Betroffene haben das Recht:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegen- über denen die Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft der Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangt werden;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung der beim Auftraggeber gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung der beim Verantwortlichen gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten vom Betroffenen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, der Betroffene aber deren Löschung ablehnen und der Verantwortliche die Daten nicht mehr benötigt, der Betroffene diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt oder gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat;
- gemäß Art. 20 DSGVO die personenbezogenen Daten, die uns bereitgestellt worden sind, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen;
- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber dem Verantwortlichen zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortgeführt werden darf;
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können sich Betroffene hierfür an die Aufsichtsbehörde ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes wenden.

## **5. Widerspruchsrecht**

Sofern personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Betroffene das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben oder sich der Widerspruch gegen Direktwerbung richtet. Im letzteren Fall haben Betroffene ein generelles Widerspruchsrecht, das ohne Angabe einer besonderen Situation umgesetzt wird. Zur Geltendmachung des Widerrufs- oder Widerspruchsrechts genügt eine E-Mail an den Verantwortlichen.